

Der Gemeindegewerkschafter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter
und Straßenbahner Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-
loerwall 9. Fernspr. A 8538
Postfachkonto Köln 18937.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage
Durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 Mk.

Nummer 22

Köln, den 29. Oktober 1921

9. Jahrgang

Preiswucher auf dem Lebensmittelmarkt.

Die gegenwärtige, nur zu einem Teile durch die Verhältnisse und strichweise schlechte Ernte bedingte außerordentliche Teuerung der Lebensmittel, hat einige Vertreter der christlichen Gewerkschaften im Reichsgewerkschaftsrat veranlaßt, folgende Anfrage an die Regierung zu richten:

Welche Schritte gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln hinsichtlich der Menge und unter angemessenen Preisen zu ermöglichen?

Wie beabsichtigt sie dem Preiswucher sowohl auf dem Kartoffelmarkt, als aber auch auf dem Fleischmarkt zu begegnen?

Wie gedenkt sie die Zuderversorgung hinsichtlich Menge und Preis zu sichern?

Begründung

Durch frühere Erklärungen halbamtlichen Charakters wurde eine nicht schlechte Kartoffelernte in Aussicht gestellt. Tatsächlich ist dieselbe nicht so ungunstig, wie es von Interessentenfremden behauptet wird. Trotzdem werden z. B. so wenig Kartoffeln auf den Markt gebracht, daß es der Bevölkerung unangenehm ist, ihren Bedarf einzudecken. Das Mißverhältnis wird dazu benutzt, Kartoffeln äußern zweifelhafter Güte zu horrenden Preisen an den Markt zu bringen. Die Preise für gute Kartoffeln aber haben eine Höhe erreicht, die mit den wirklichen Produktionskosten in gar keinem Verhältnis mehr stehen. Durch die freie Wirtschaft sollten nach den Erklärungen der Landwirtschaft, des Handels und auch der Regierung, eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen erzielt werden. Die augenblicklichen Zustände sind aber das gerade Gegenteil dieser Erklärungen. Diese Zustände sind schlimmer als unter der früheren Zwangswirtschaft, wo zwar auch oft ein geringes Angebot vorhanden war, aber doch wenigstens zu erträglichen Preisen verkauft werden mußte. Jetzt aber haben wir Wucherpreise und immer noch keine Kartoffeln. Die Regierung kann diesen Zuständen gegenüber nicht tatenlos bleiben und muß durch entsprechende Handlung der Ausbeutung des Volkes mit allen Mitteln entgegenarbeiten.

Auf dem Fleischmarkt hat sich zwischen Erzeuger und Verkaufspreis eine Preisspanne herausgebildet, für die jede Begründung fehlt. Für Rindfleisch (gute Qualität) beträgt der Preis für Schlachtwicht 7,50 bis 8,00 Mk., der Verkaufspreis aber 11,00 bis 12,00 Mk. Ein ähnliches Verhältnis besteht bei Schweinefleisch. Nicht nur die Fleischpreise, sondern auch die landwirtschaft-

lichen Preise sind über diese, in der genannten Spanne enthaltenen Handelsgewinne aufs höchste empor.

Nach Freigabe der Zwangswirtschaft des Juckers ist die Bevölkerung zum größten Teil ohne jede Versorgung mit solchen. Auch dies ist entgegengegesetzt den früheren Zustellungen.

Die augenblicklichen Zustände auf dem Lebensmittelmarkt haben ernste innerpolitische und wirtschaftliche Nachteile im Gefolge, deren Auswirkungen unüberschaubar sind. Rasches Eingreifen ist hier unbedingt am Platze.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Schlussbemerkungen.

Wenn nicht alles täuscht, stehen wir vor dem Beginn der schwersten Zeit, die die lebende Generation des deutschen Volkes durchzumachen haben wird. Der von außen auf unserm Volke lastende Druck steigert sich immer wahrnehmbarer. Es ist unläsliche Forderung, daß das deutsche Volk nicht in der Lage ist, die Kosten, die ihm der Versailler Friedensvertrag auferlegt hat, dauernd zu tragen. Trotzdem wird es den ersten Willen zu befehlen haben, zu leisten, was es nur vermag. Erbringen wir vor aller Welt nicht den Nachweis, daß wir guten Willens sind, so ist es ausgeschlossen, daß wir unter den Völkern der Welt jemals wieder zu Ansehen und Geltung kommen. Dabei ist völlig belanglos, ob sich das deutsche Volk als der schuldigste Teil am Kriege fühlt oder es die Kriegsschuld ändern heimigt. Unser Handeln darf eben nicht diktiert sein vom eigenen Empfinden, sondern muß sich richten nach den Anschauungen der Umwelt. Das ist für das deutsche Volk ein hartes Maß. Und die Leiden, die ertragen werden müssen, die Not, die ertharmungslos dann zielengroß durch unser Land schreitet, sie dürfen uns nicht vergessen lassen, daß doch einmal wieder auch der Frühling seinen Einzug in unser Vaterland halten muß und das deutsche Volk sich wieder frei erheben wird. Dann, wenn die deutsche Not am größten, dann wird auch die Zeit kommen, wo man im Rate der Völker einsehen wird, daß man sich nicht ungestraft an einem Volke verfehlen darf. Die wirtschaftliche Krise, die schon heute durch alle Länder geht, kündigt bereits an, was es für die neue Welt bedeutet, dem Können des deutschen Volkes Kesseln anzulegen, die deutsche Volkswirtschaft in ihrem Gange zu hemmen und ihre Verbindung mit der Weltwirtschaft zu lösen. Dann wird auch der Zeitpunkt kommen, wo der auf uns lastende Druck empfindet und das wirtschaftliche Leben des Volkes in die äußerste Not versetzt wird. Und das deutsche

Volk wird wieder frei atmen und seine Kräfte der ganzen Menschheit nutzbar machen können. So muß es kommen und so wird es kommen, wenn das deutsche Volk es will. Voraussetzung aber dafür ist, daß es in der Zeit der größten Not nicht den Glauben an sich selbst verliert, in treuer Verbundenheit das Schwerste zu ertragen weiß und auch die tiefste Erniedrigung es nicht dazu verleitet, die vaterländische und völkische Einheit preiszugeben. Das alte deutsche Erbübel der politischen Uneinigkeit ist stets das größte Hindernis für die Geltung des deutschen Volkes gewesen. Deutschlands Zeiten der starken Reichsgewalt waren immer Zeiten hoher Blüte und der tiefste Stand deutschen Gemeinschaftslebens fällt immer zeitlich zusammen mit der politischen Zersplitterung. Aus solchen geschichtlichen Talsachen die Lehre ziehend, fällt heute der deutschen Arbeiterschaft die hehre Mission zu, Hütlerin und Mehrerin deutscher Einheit zu sein. Im Westen und Osten Deutschlands wird verachtet, zersplittert, deutsches Leben hinweggerissen. An der Treue der deutschen Arbeiterschaft zu ihrem Volkstum müssen diese Bestrebungen scheitern. Insbesondere hat die christliche Arbeiterschaft in diesen Gebieten zu zeigen, daß ihr die deutsche Treue kein leerer Wahr ist. Unendlich viel hängt gerade hier von der christlichen Arbeiterschaft ab. Und so wie im Westen und Osten gilt es auch für sie, im Süden auf der Hut zu sein. Mit tiefer Besorgnis nur kann man den Partikularismus beobachten, der z. B. in Bayern „Karl ins Kraut schießt“. Keine Frage, die das deutsche Gesamtvolk aufs tiefste berührt, kann im Reiche erledigt werden, ohne daß man nicht von Bayern her, auf seine Souveränität poehrend, Schwierigkeiten macht. Die kirchlichen Souveräne hat eine sogenannte Resolution hinweggefegt, aber an ihre Stelle sind hier und da Nachfolger getreten, die unter dem Deckmantel der Demokratie ihren Herrschergehlüsten nachgeben und zur Erreichung ihrer Ziele die Volksseele zu vergiften suchen mit dem leider auf deutschem Boden so üppig wachsenden Gift des Partikularismus. Noch hinzu treten die Kämpfe um die Wiedererrichtung der Monarchie. Als ob davon das Geschick des deutschen Volkes abhängt! Wer im Herzensgrunde für die Monarchie Sympathien hat, dem muß dennoch der läbliche Bestand sagen, daß es eine höhere Aufgabe ist, ein 60-Millionen-Volk vom Untergang zu retten als eine Anzahl Fürsten, von denen sich doch wirklich keiner heilagen kann, daß es ihm schlecht geht, wieder auf den Thron zu erheben. Das deutsche Volk hat, zumal in den gegenwärtigen Zeitläuften, von der Monarchie auch weit den geringsten Nutzen. Um so dringlicher erhebt es, daß sich das deutsche Volk endlich einmal die politische Einheit schafft, die ihm die Hauswirtschaft seiner Fürsten vorenthalten hat. Nicht haben wir im deutschen Reiche zahlreiche Staaten und Stäf-

gen, die regiert werden von Präsidenten, Ministern und Parlamenten. Wenn keine anderen Gründe gelten könnten, dann müßte schon aus dem Prinzip der Sparsamkeit heraus ausgedrängt werden mit diesen Zuständen, die für ein Volk, das zur politischen und völkischen Einheit strebt, nicht zu ertragen sind. Warum so viele Regierungen, wo das deutsche Volk vorerst doch nur regiert wird von fremdem Willen und wo jede Regierung in Gefahr schwebt, diesem fremden Willen in besonderer Weise dienen zu müssen!

Die innerpolitischen Sorgen stehen anscheinend mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht im Zusammenhang. Und doch sind sie für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft von der größten Bedeutung. Gelingt es nicht, die deutsche Einheit fest zu begründen und sie über die Zeit der schwersten Not unseres Volkes hindüberezureiten, so werden auch die nachkommenden Arbeitergenerationen ihres Lebens nicht froh werden, denn völkische Zersplitterung bedeutet politische Ohnmacht und diese kann niemals wirtschaftlichen Wohlstand erzeugen. Genug, daß die Arbeiterschaft unserer Zeit kostet die Folgen des politischen und militärischen Zusammenbruchs, der deutschen politischen Ohnmacht. Im großen Ringen um Deutschlands Geschick hat die deutsche Arbeiterschaft ihre Pflicht erfüllt. Gorenz hat sie gestritten und gekämpft. Umsonst! Was man uns immer nehmen was man will, — den Glauben an des deutschen Volkes Zukunft aber wird man uns lassen müssen. Und wenn wir als einziges solches Erbe unserer Kinder hinterlassen die deutsche Einheit, die gewonnen wurde durch die Selbstüberwindung eines in größter Bedrängnis befindlichen Geschlechts, so ist das ein löhliches und unvergessliches Erbe, mehr wert denn aller materieller Gewinn. Und die Sorge um dieses Erbe obliegt in besonderem Maße den christlichen Arbeitern, die mit Stolz von sich behaupten, daß sie nicht ergriffene Privilegien sind, sondern deutsch leben und deutsch handeln!

Geldentwertung und Beitragserhöhung.

In der Nummer 19 vom 17. September d. J. habe ich schon darauf hingewiesen, daß die Geldentwertung und die nebenher gehende steigende Teuerung die Gewerkschaften zwingt, mit ihren Einrichtungen den sich von Tag zu Tag anders gestaltenden Verhältnissen auf dem Fuße zu folgen. Es hat keinen Zweck, über die heutigen Verhältnisse zu jammern und zu klagen, denn damit werden diese nicht geändert und gebessert. Wenn wir die Verhältnisse meistern wollen, dann müssen wir Hand ans Werk legen und jene praktischen Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um der Situation Herr zu werden. Dazu gehört für uns als Gewerkschaftler insbesondere, daß wir unsere Unterstützungseinrichtungen und unsere Beiträge fortlaufend so gestalten, daß sie den veränderten Verhältnissen gebührend Rechnung tragen. Seitdem wir in unserem Verbande Staffelbeiträge eingeführt, sind wir in der Lage verhältnismäßig leicht der Geldentwertung zu folgen und uns den örtlichen Bedürfnissen anzupassen.

Aber jetzt die Geldentwertung in den letzten Jahren vor sich gegangen ist, haben wir am eigenen Leibe genügend erfahren. Unser Verband ist demütigt gewesen, der Entwicklung stets auf dem Fuße zu folgen. Mehrere Male haben wir in den letzten drei Jahren unsere Beiträge und die Unterstützungsein-

richtungen reformiert und den Bedürfnissen angepaßt. Auf unserem Verbandstag vom 14. bis 16. September 1919 in Köln verbesserten wir unsere Unterstützungseinrichtung entsprechend 4 Beitragsklassen, die sich zwischen 45 Pf. und 90 Pf. bewegten. Bereits nach kurzer Zeit zeigte sich schon wiederum die Unzulänglichkeit der beschlossenen Formen. Der Zentralvorstand beschloß daher, neue Beitragsklassen festzusetzen. Abermals mußte nach kurzer Zeit eine Änderung vorgenommen werden. Die Streitunterstützung wurde bei dieser Gelegenheit erhöht.

Heute stehen wir nun wiederum vor derselben Frage. Der Geldwert ist abermals erheblich gesunken. Dieses Sinken war ja auch für die Gewerkschaften der Anlaß, auf der ganzen Linie Lohnerhöhungen zu fordern und durchzuführen. In welchem Umfange das in den letzten Wochen schon geschehen ist, brauche ich nicht im einzelnen darzulegen. Es ist jedem Kollegen aus der Verbandszeitung genügend bekannt. Inzwischen nähern sich nun unsere Tariflöhne nun großen Teil bereits der Grenze von 7.— M für die Stunde. Zum Teil haben die Löhne die 7.— Mark-Grenze bereits überschritten. Auf alle Fälle ist eine große Anzahl von Verbandsmitgliedern heute vorhanden, die weit über 7.— M Stundenlohn verdienen. Da wir in unsern Verbandstatuten jedoch nur Unterstützungen und Beiträge festgelegt haben bis zu 3,30 M, so ist es auf Grund unserer heutigen Schätzungen den Mitgliedern nicht mehr möglich, eine ihrem Verdienste entsprechende Unterstützung und Beitragsklasse zu wählen.

Nun könnte man sich ja schließlich mal eine Zeit lang mit dieser Tatsache abfinden, wenn die Aussicht bestände, daß bald eine Besserung eintritt und die weiteren Geldentwertungen und Teuerungen aufhören würden. Dafür sind aber bis heute noch keinerlei Aussichten vorhanden. Im Gegenteil wird aller Voraussicht nach die Geldentwertung und Teuerung noch weitere Fortschritte machen. Der Friedensvertrag legt dem deutschen Volke derzeit schwere Lasten auf, deren Abtragung sehr wahrscheinlich in der kommenden Zeit eine weitere Geldentwertung und Teuerung im Gefolge haben wird. Dabei will ich es dahingestellt sein lassen, ob wir mit der Zeit etwa auf den Tiefstand herabsinken, auf dem heute Oesterreich und Polen angelangt sind. Stundensöhne von 50 M und höher sind heute zum Beispiel in Polen bereits üblich. Jedenfalls werden auch wir damit rechnen müssen, daß bei uns weitere große Lohnsteigerungen eintreten werden und auch eintreten müssen, um wenigstens in etwa einen Ausgleich gemäß der Teuerung herbeizuführen.

Wenn wir aus diese Entwicklung vor Augen halten, dann bleibt uns gar nichts anderes übrig, als unsere Unterstützungseinrichtungen dementsprechend weiter auszubauen. Würden wir das nicht tun, so würden wir den Interessen der Mitglieder einen sehr schlechten Dienst erweisen. Stellen wir uns einmal vor, wir hätten heute noch dieselben Unterstützungs- und Beiträgehöhe, wie wir sie im Jahre 1917 gehabt haben? Was würden unsere Mitglieder mit diesen Unterstützungseinrichtungen anfangen können? Mit den damaligen Unterstützungssätzen wären wir nicht in der Lage, irgendeinen erheblichen Streit zu führen. Die Geldentwertung im Ver-

bande würden sich selbstverständlich diesen Zustand zunutze machen. Sie brauchten dann den Verband nicht zu fürchten. Die Folge davon würde sein, daß die Kollegen sich wiederum wie früher alles gefallen lassen müßten und daß die Löhne auf einem außerordentlichen Tiefstand gehalten würden. Ein solcher aktionsunfähiger Verband würde für die Mitglieder recht wenig bedeuten. Wir dürfen darum unseren Verband nie und nimmer dieser Gefahr aussetzen. Wir haben vielmehr alle Veranlassung, dem Sinken des Geldwertes entsprechend sofort unsere Gegenmaßnahmen zu treffen und die Verbandseinrichtungen etappenweise auszubauen.

Nun müssen wir bei unseren Unterstützungseinrichtungen, die wir im Verbande haben, unterscheiden zwischen solchen, die mit dem Zweck unserer Gewerkschaften direkt zusammenhängen und zwischen solchen, die in keinem direkten Zusammenhang damit stehen. Zu der ersten Gattung von Unterstützungen gehören: Streit-Maßregelungsunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Rechtsschutz, Heilunterstützung und schließlich auch noch die Umzugsunterstützung.

Diese Unterstützungen hängen aufs engste zusammen mit dem Bestreben, die Löhne und Arbeitsverhältnisse zu beeinflussen und zu verbessern. Die andere Gattung von Unterstützungen, wie beispielsweise die Krankenunterstützung, sowie das Sterbegeld haben mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse direkt nichts zu tun. Für die gewerkschaftliche Organisation kommt es daher in der Hauptsache darauf an, diejenigen Unterstützungseinrichtungen auszubauen, die mit dem Zweck der Organisationen aufs engste verbunden sind. Würden wir anders verfahren, dann würde der Verband allmählich seines Charakters als Gewerkschaft entkleidet und zu einer Unterstützungskasse herabgedrückt. Das möchte ich vor allen Dingen denjenigen Kollegen sagen — es sind allerdings nur einige wenige —, die darauf drängen, die Krankenunterstützung zu erhöhen. Worauf es in der jetzigen Zeit einzig und allein ankommt, ist der Ausbau der Streitunterstützung. Selbst die Arbeitslosenunterstützung ist für unsere Mitglieder zur Zeit nicht mehr so notwendig, weil in den meisten Fällen von Seiten des Staates Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird. Wir hoffen ferner, mit der Zeit zu einer gutausgebauten staatlichen Arbeitslosenversicherung zu kommen.

Im sozialdemokratischen Lager hat man sich in der letzten Zeit mit Ortsbeiträgen über die Situation hinweggeschoben. Wahrscheinlich spielen hier kommunistische und sozialistische Einflüsse eine große Rolle. Wir haben alle Veranlassung, diesen Weg nicht mehr zu beschreiten. Es ist viel richtiger, wenn die Unterstützungen in möglichst ausreichendem Maße von der Hauptkasse garantiert werden. Selbst wenn die kleineren Zahlstellen einen Ortsbeitrag von 2.— M erheben würden, so könnten sie damit, wenn es einmal zu einem längeren Streit kommen würde, doch nicht viel ausrichten. Ließen sie gegen die Beiträge in die Hauptkasse, so ist damit für die Mitglieder auch in den kleinsten Zahlstellen eine viel größer Garantie geschaffen.

Das ist komme ich zu einigen weiteren Gedanken. Die es uns vor allem mit unserer Unterstützung und Teuerung

auszubauen und die Durchschlagskraft des Verbandes zu erhalten und zu erhöhen. Wir leben zwar heute in einem demokratischen Staatsleben, daß gegenüber früher den Arbeitern mancherlei Freiheiten und Rechte gewährt. Wir dürfen uns aber keineswegs der falschen Sicherheit hingeben, als ob diese Freiheiten und Rechte ausreichend gesichert wären. Wir wissen, daß Kräfte von rechts und links am Werke sind, Errungenes zu vernichten. Ich erinnere nur an den Kampf, der zur Zeit im Geheimen und in der Presse gegen den 8 Stundentag geführt wird. Ich erinnere ferner daran, wie in diesem Frühjahr die ganze Arbeitgeberpresse einen Abbau der Löhne forderte. Das Geschrei hatte bereits die Wirkung, daß in Berlin die unter sozialdemokratischem Einfluß stehende Organisation der Angestellten, die sogenannte Ufa, sich über einen Lohnabzug von 10. — A pro Monat mit den Arbeitgebern verständigt hat. Ich erinnere daran, daß nach der Revolution, die ja angeblich den Kapitalismus mit Haut und Haar verschlingen sollte, die kapitalistischen Mächte unheimlich gewachsen sind. Wir brauchen nur durch die Straßen einer Großstadt zu gehen und wir werden finden, wie in der letzten Zeit an unheimlich vielen Ecken Bankrottstaaten errichtet worden sind. Endlich darf man sich daran erinnern, daß die politischen Morde der letzten Zeit uns eine erneute Mahnung sein müssen, unsere gewerkschaftliche Organisation auf der Höhe zu halten. Diese Morde zeigen allzu deutlich, daß gewisse einflussreiche Kreise in Deutschland mit den verwerflichsten Mitteln bei der Arbeit sind, um ihre eigenen Interessen zu wahren auf Kosten der Arbeiterinteressen. Diesen Kreisen würde es in ihren Krämpfen, wenn wir die sozialen Zustände wie früher wieder bekämen und wenn die aus dem verlorenen Kriege sich ergebenden Vorteile in der Hauptsache auf die Arbeiter abgewälzt würden.

Daneben stehen auf der linken Seite ebenfalls recht gefährliche Arbeiterfeinde. Mit den Büchern, die die Kommunisten fortwährend anzetteln, wird den Arbeiterinteressen ebenfalls der aller schlechteste Dienst erwiesen. Wir sehen ja auch, wie die Kommunisten und Sozialisten alles aufbieten, um die gewerkschaftliche Organisation zu zerstören. Unsere christlichen Organisationen haben ja unter diesem Zerstörungswort nicht allzuviel zu leiden, weil unsere Mitglieder ohne weiteres die kommunistischen und sozialistischen Ideen ablehnen. Den sozialdemokratischen Gewerkschaften machen dagegen die kommunistischen und sozialistischen Zerstörungsarbeiten viel zu schaffen. Bestenfalls diesen linkslebenden Arbeiterfeinden ihre Pläne, dann würde die Arbeiterschaft recht bald den kapitalistischen Kräften und antisozialistischen Mächten gegenüber vollständig schuklos und wehrlos gegenüber stehen. Als christliche Gewerkschaftler haben wir daher alle Veranlassung, unsere Verbände so auszubauen, daß sie allen Stürmen, mögen sie von rechts oder links kommen, gewachsen sind und daß sie jederzeit die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen können.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind wohl die einzigen, die ausschließlich von den Arbeitern selbst geleitet und geführt werden. Dieses Machtmittel der Organisationen steht

uns also vollständig und ausschließlich zur Verfügung. Es uns zu erhalten und auszubauen, ist die heilige Pflicht aller dorer, die es ehrlich mit sich selbst, mit der ganzen Familie und mit dem Wohle des Volksganges meinen.

Als christliche Gewerkschaftler haben wir aber noch die ganz besondere Pflicht, in der heutigen Zeit für die größtmögliche Durchschlagskraft unserer Bewegung zu sorgen. Wir wissen alle aus den Geschehnissen der letzten Jahre, welche Verheerungen der materielle Zeitgeist angerichtet hat. Die Hoffnung der Welt beruht heute einzig und allein auf den Kräften, die aus den Grundlagen des Christentums entspringen, also auf jenen Grundjüden, auf die unsere Bewegung aufgebaut ist. Unsere Bewegung muß sich durchsetzen und wir haben die feste Zuversicht, nachdem wir heute im Deutschen Gewerkschaftsbund bereits mehr als zwei Millionen Mitglieder haben, daß sie sich auch durchsetzen wird. Voraussetzung allerdings ist, daß unsere Mitglieder von einem eisernen Willen durchdrungen sind, die Gesamtbewegung und die einzelnen Glieder der Bewegung, in diesem Falle also unser Verband, zu jeder Zeit den Verhältnissen entsprechend auszubauen und zu stärken.

Bei den zukünftigen Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung handelt es sich nicht nur um reine Lohnfragen. Diese werden allerdings nach wie vor in den Vordergrund stehen. Darüber hinaus aber wird sich die Gewerkschaftsbewegung auch in weitgehendem Maße mit wirtschaftspolitischen Fragen zu befassen haben. Die Lösung der Steuer- und Zollfragen z. B. kann den christlichen Gewerkschaften in Zukunft durchaus nicht gleichgültig sein. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie die Zölle in Zukunft beschaffen sein werden, wie die Einfuhr und Ausfuhr geregelt wird usw., weil von all diesen Dingen unser Wirtschaftsleben wesentlich beeinflusst und weil davon die materielle Lage der Arbeiterschaft ausengst berührt wird. Wir müssen uns also um all diese Dinge kümmern. Wollen wir aber in all diesen Dingen mit raten und raten, dann ist Voraussetzung, daß die Arbeiterschaft einen genügenden großen Stab von geschulten Führern hat, die auf diesem Gebiete Bescheid wissen. Mit Agitationsphrasen und Schlagwörtern allein lassen sich diese Fragen nicht lösen. Mit diesen wird man auf die Dauer der Arbeiterschaft den notwendigen Einfluß auf wirtschaftspolitischen Gebiete nicht verschaffen können. Die Gewerkschaften sind in erster Linie dazu berufen, aus ihren Reihen fähige Führer heranzubilden und berufen, in den gesetzgebenden Körperschaften dahin zu drängen, daß unsere staatlichen Bildungsanstalten den derzeitigen Bedürfnissen und Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung tragen. Die Zukunft des deutschen Volkes wird wesentlich davon abhängen, in welchem Maße es uns gelingt, die Arbeiterschaft sachlich auszubilden und sie mit den Betriebswissenschaften und der Volkswirtschaft genügend vertraut zu machen. Auf diesem Gebiete obliegt den Gewerkschaften daher ebenfalls eine sehr wichtige Aufgabe, die nur dann durchgeführt werden kann, wenn unsere Verbände leistungsfähiger sind.

Endlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß uns als Gemeindegewerkschaftler und

Streifenbahner die letzten großen Tarifbewegungen eine sehr ernste Mahnung sein müssen, unseren eigenen Verband nach bestem Können auszubauen und zu stärken. Nicht hat die letzte große Tarifbewegung außerordentlich enttäuscht. Nicht deshalb, weil von den Arbeitgebern etwa zu wenig bewilligt worden ist, sondern deshalb, weil wir trotz Abschluß eines Reichsmantelvertrages und Bezirkstarifverträge im ganzen Lande unzählige Kämpfe führen mußten.

Diese Tatsache ist insbesondere für uns eine ernste Mahnung, den Verband kräftig zu erhalten, damit er für die kommende Zeit gerüstet ist und die Interessen der Kollegen jederzeit wahrnehmen kann.

Kürzlich hat der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Rundgebung an alle seine Mitglieder die Mahnung gerichtet: „Macht euch stark zum Kampf um euer Recht“. Diese Mahnung möchte ich zum Schluß meiner Ausführungen auch allen unseren Verbandsmitgliedern nochmals ernstlich ins Gedächtnis rufen.

Wenn alle Verbandsmitglieder einen Stundentag als Beitrag wählen würden, dann könnten sie sich dadurch einerseits angemessenen Unterstüßungen und andererseits schaffen sie dem Verbands eine starke Interessensvertretung, die zu jeder Zeit in der Lage ist, ihre Rechte zu verteidigen.

J. G.

Welchem Tarifvertrage unterliegen die Straßenbahner?

Nicht selten ist der Fall zu verzeichnen, wo einzelne Gruppen von Arbeitern und Handwerkern versuchen, die in den Privatbetrieben gültigen Tarifverträge, sofern sie in dem einen oder anderen Punkte günstiger erscheinen, auch für sie in den Straßenbahnbetrieben zur Anwendung zu bringen. Am liebsten möchte man die Kosten aus den verschiedenen Kassen herauspicken. In diesem Bestreben werden sie noch vielfach unterstützt durch einige Beamte der Berufsverbände, die glauben, mit derartigen kleinen Mitteln die Mitgliederzahl zu heben. Daß dabei weder die Belange der gesamten Kollegenschaft zur Geltung kommen, noch den besseren Zielen der Gewerkschaft gedient ist, über diese kleinen Wesen anscheinend nicht.

Ein Musterbeispiel für eine derartige Kleinliche Auffassung der Gewerkschaftsarbeit zeigte der große Deutsche Metallarbeiterverband in Braunschweig, der ausgerechnet als Metallarbeiterverband die Unterstellung der drei Pflasterer der Braunschweiger Straßenbahn unter den Lohnstarif für Steinschleifer verlangte. Ein Verlangen, mit dem sich der Hauptauschuß für Straßenbahnen in seiner Sitzung am 4. Oktober beschäftigte. Hier wurde folgender Schiedspruch gefällt:

„Der Antrag des Klägers wird zurückgewiesen.“

Gründe.

Bei der Straßenbahn in Braunschweig sind unter anderen Handwerkern auch drei Pflasterer beschäftigt. Der Kläger verlangt, daß diese Arbeitnehmer nach dem durch Vertikung des Reichsarbeitsministeriums für allgemein verbindlich erklärten Lohnstarif für das Steinschleiferwerk belohnt werden. Die Forderung ist unberechtigt. Nach dem Tarifvertrage N vom 21. Dezember 1920 fallen unter den Vertrag alle

Handwerker und Arbeiter in Werkstätten und auf der Straße. Eine Ausnahme ist nicht vorgesehen. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß unter den Tarifvertragsähnliche im Betriebe der Straßenbahnen beschäftigten Arbeiter fallen sollten. Eine solche Regelung ist auch allein praktisch durchführbar, denn in einem so umfangreichen und vielseitigen Betriebe wie einem Straßenbahnunternehmen werden stets Arbeitnehmer vorhanden sein, die ihrer Beschäftigung nach gleichzeitig unter den Tarifvertrags einer anderen Gewerbeart fallen. Eine verschiedenartige Entlohnung dieser Arbeitnehmer gegenüber den eigentlichen Straßenbahnhandwerkern und -arbeitern würde zu großen Schwierigkeiten führen. Der Kläger hat zur Begründung seiner Forderung noch angeführt, daß der Tarifvertrag für das Steinmetzgewerbe für allgemein verbindlich erklärt worden sei. Auch dieses Argument geht fehl. Denn in der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums (Reichsarbeitsblatt Nr. 4 26. November, Seite 162) ist ausdrücklich erklärt, daß die allgemeine Verbindlichkeit nicht Arbeitsverträge betrifft, für die ein sonstiger Reichsarbeitsvertrag Geltung hat. Dieser Fall liegt hier vor. Es war daher, wie gesehen, zu erkennen.

Diese Auffassung deckt sich genau mit der unserer. Wohin sollten wir kommen, wenn jeder kleineren Gruppe eine Ausnahmestellung eingeräumt werden sollte. Gegen derartige Extravaganzen müssen wir uns, um der Belange der gesamten Kollegen wegen, entschieden wehren.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Der Streit der Rastatter Straßenbahner

Wie wir in letzter Nummer kurz berichteten, beilegt der Reichsarbeitsminister dem Regierungspräsidenten von Rastatt mit der Führung von weiteren Verhandlungen beauftragt, die am 7. Oktober unter dem Vorsitz des Vertreters des Regierungspräsidenten stattfanden. Es kam hier folgende Einigung über die Streitfrage (§ 7 Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen) zustande. Dem neuen Manteltarifvertrag liegt der unlangst in Rastatt abgeschlossene Vertrag zugrunde. Der neue

Beitrag sieht bis 7. Februar 1922 eine Krankenlohnzahlung bis zu 13 Wochen vor (gefordert waren 26 Wochen). Darüber hinaus hat der Schiedspruch des Demobilisierungskommissars folgendes festgelegt:

1. Die Punkte 1, 2, 3 und 6 des Vorschlages des Geheimrat Hausmann vom 24. September 1921 bleiben unverändert bestehen.

2. Der Punkt 4 bleibt bestehen mit folgendem Zusatz zu 4a: Nach dem 7. Februar 1922 wird von der Werkleitung im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung eine Nachprüfung vorgenommen, welche geldliche Belastung für das Unternehmen in der Zeit vom 7. November 1921 bis 7. Februar 1922 entstanden wäre, wenn in Krankheitsfällen eine Lohnzahlung statt für 13 Wochen des Hausmannschen Vorschlages für 26 Wochen gewährt worden wäre. Ergibt sich dann keine höhere Belastung des Unternehmens als 50.000. M., so wird vom 7. Februar 1922 ab zunächst für ein Vierteljahr die Lohnzahlung statt für 13 Wochen des Hausmannschen Vorschlages für 26 Wochen gewährt. Ergibt sich dann am 7. Mai 1922 wiederum, daß die Belastung des Unternehmens durch die Einführung der 26 Wochen unter 50.000. M. bleibt, so gilt die Bestimmung der Lohnzahlung für 26 Wochen statt für 13 Wochen des Hausmannschen Vorschlages bis zum 7. Februar 1923.

Ergibt sich je am 7. Februar 1922 und je am 7. Mai 1922, daß die Belastung des Unternehmens für das verfließende Vierteljahr bei Zugrundelegung von 26 Wochen 50.000. M. übersteigt, so bleibt es für die Folge bei den 13 Wochen des Hausmannschen Vorschlages. Auch fällt die Lohnzahlung für die Karenztage fort.

3. Diese Vereinbarung gilt bis zum 7. Februar 1923.

Die Lohnverhandlungen fanden am 8. Oktober statt. Der besondere Schlichtungsausschuß stellte folgende Entschcheidung: Von der Arbeitsaufnahme ab gelten folgende Lohnsätze:

Lohn für Wagenführer: im 1. Dienstjahre pro Arbeitsstunde 0,80 M., im 2. Dienstjahre 0,90 M., im 3. Dienstjahre 1. M. im 4. Dienstjahre 1,10 M., im 5. Dienstjahre 1,20 M.

Lohn für Schaffner: im 1. Dienstjahre pro Arbeitsstunde 0,60 M., im 2. Dienstjahre 0,70 M., im 3. Dienstjahre 0,80 M., im 4. Dienstjahre 0,90

M., im 5. Dienstjahre 1. M. Verheiratete erhalten 3 M. Wohnzulage pro Arbeitstag, desgleichen Bedie, die als Familienvorstände zu betrachten sind und vorwiegend den Familienunterhalt bestreiten. Außerdem erhalten Verheiratete für jedes Kind unter 14 Jahren pro Kind und Arbeitstag 1 M.

Das Transportpersonal im Rollbod- und Schienentransport erhält 2 M. pro Arbeitstag mehr, das übrige Personal dieser Abteilung 1 M. bei achtsündiger reiner Arbeitszeit. Voraussetzung ist, daß die gemeinsam mit dem Personalausschuß festgelegten Mindesttouren gefahren werden. Bei den durch Anschließhaber verursachten Störungen ist der Güterverkehrsabteilung sofort schriftlich Meldung zu machen, damit diese die Anschließhaber für die Überstunden verantwortlich machen kann.

Das nichtständige Aushilfspersonal erhält 2 M. weniger pro Tag. Weibliches Personal erhält $\frac{1}{2}$ des dem Personal zustehenden Lohnes. Das Ausbildungspersonal (Lehrpersonal) erhält während der Ausbildungszeit des Lehrlings die besondere Zulage, falls eine solche bisher gewährt worden ist. Abzüge für Dienstkleidung werden nicht in Anrechnung gebracht. Dieses Lohnabkommen kann mit vierwöchiger Kündigung zum ersten Male zum 31. Dezember 1921 gekündigt werden.

Nachdem die Direktion sowohl wie auch die Angestellten diesen Entscheidungen ihre Zustimmung gegeben, wurde der Betrieb sofort wieder aufgenommen.

Der Beschluß des Personals, den Dienst wieder aufzunehmen, war ihm durch die Direktion in schwer gemacht. Diese hatte nämlich einen neuen Dienstplan aufgestellt, der eine Verlängerung der Dienstpflichten gegenüber dem alten Dienstplane aufwies. Dieser Dienstplan war nicht in den Verhandlungen erwähnt, noch dem Fahrpersonal oder Betriebsrat bekanntgeworden. Das Personal weigerte sich zunächst, nach diesem Dienstplan zu fahren und verzog sich auf Ausführungen des Herrn Geheimrats Dr. Hausmann vom Reichsarbeitsministerium, worin zum Ausdruck kam, daß das Dienstverhältnis genau so angenommen werden müsse, wie es verfaßt worden sei. Auch ist diese Abänderung des Dienstplanes ein Verstoß gegen das Be-

Generalversammlung des Bühnenvolksbundes.

München, 8. Okt. 1921.

In den Tagen vom 6. bis 9. Oktober d. J. veranstaltete der Bühnenvolksbund in Bayerns schönster Hauptstadt seine Jahresversammlung. Die christliche Theaterbewegung, als eine Volksbewegung großen Stiles, hat im deutschen Kulturleben bereits so tief Wurzel gefaßt, daß Vertreter und Vertreterinnen aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes und auch aus dem deutschsprachigen Auslande in München sich zu ernster, Beratungsarbeit zusammenfanden. Die hohe Bewertung der BVB-Arbeit kam auch dadurch zum Ausdruck, daß sowohl Reichskanzler Dr. Wirth, der preussische Ministerpräsident Siegelwald und der bayerische Staatspräsident Trunk überaus herzliche Begrüßungsschreiben sandten, in denen sie die große kulturelle Bedeutung des Bühnenvolksbundes eindringlich betonten. Außerdem sandten Begrüßungsschreiben die Kultusministerien von Preußen, Württemberg, Sachsen, Hessen, der Reichsminister des Innern und der Reichsarbeitsminister. Am Begrüßungsabend nahm a. a. der Apostolische Nuntius Pacelli, Kultus-

minister Matt, Ministerpräsident a. D. Dr. von Kahr, Prinz Alions, die beiden Bürgermeister der Stadt München und Vertreter des erzbischöflichen Ordinariates und der evangelischen Kirchenbehörde teil.

Die öffentliche Rundgebung am 8. Oktober, der eingehende interne Verhandlungen vorausgegangen waren, wurde eingeleitet durch eine sorgsam abgemessene und kunstphilosophisch bemerkenswerte Ansprache des Bundesvorsitzenden Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Drosselmann, in welcher er die drei wesentlichen Triebkräfte der dramatischen Literatur darlegte, sie auf ihre Wertigkeit untersuchte und die Stellung des christlichen Volkstheaters zu ihnen herausarbeitete. Der Bundespräsident disponierte derart, daß er erstens die Einwirkung des erotischen Problems in der dramatischen Kunst, zweitens die Part pour Part-Theorie und drittens die Bedeutung und das Wesen des künstlerischen Erlebnisses und die ästhetischen Forderungen an dasselbe unter dem Titel „Was den Kultur- und literarisch-kritischen Gedankengängen heraus kam der Vortragende zu der Schlussfolgerung, daß es Aufgabe des BVB und seiner Gesamtarbeit sein müsse, die verbindende Brücke zwischen dem Leben der Volksgemeinschaft und der deutschen

Bühne als eine der eindringlichsten Auswirkungen des Gemeinschaftslebens zu schlagen.

Darauf begrützte Ministerialrat Korn für das bayerische Kultusministerium die Tagung, Erster Bürgermeister Schmidt für die Stadt München, Regierungsrat Mayer für das bayerische Kultusministerium, Geheimrat Müller für die Universitäts-München, Generalintendant Geheimrat Zeiß für die bayerischen Staatstheater, Geheimrat Dr. Kapfer für den Zentralausschuß für Innere Mission, Gewerkschaftssekretär Bewele für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Aus allen Ansprachen klang das wärmste Interesse an der christlichen Theaterbewegung. Der Jahresbericht des Generalsekretärs des BVB, Wih. C. Gerst, wurde zu einer glänzenden Prinzipienrede. Nachdem der Referent zunächst die Frage der Gründung von Theatergemeinden des BVB nach ihrer praktischen Seite und Gegenwartsbedeutung erörtert hatte, erläuterte er großzügig Gedanken über das Wesen der Arbeit am deutschen Theater. An die Spitze seiner Gedankengänge stellte er das Führerproblem im geistigen Leben des Theaters und das Spielplanproblem. Das Fundament des deutschen Theaters muß, wie der Vortragende nachwies, das gleiche sein wie das

riedsstatute § 79, Abs. 2, nach welchem es Aufgabe des Betriebsrates ist, bei der Zeitmessung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verjüngung und Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit mitzuwirken. Eine isolierte Regelung dieser Frage war nicht zu erreichen. Nach Rücksprache der Organisationsvertreter mit den Vertrauensleuten wurde dem Personal empfohlen, trotzdem den Dienst vorläufig aufzunehmen. Eine Regelung dieser Frage würde in nächster Zeit erfolgen. Erst unter diesem Vorbehalte kommen die Kollegen durch geheime Abstimmung dem Vorschlage zu. Das Personal fühlte sich verpflichtet, die Arbeit wieder aufzunehmen, um der Bürgerschaft das wichtigste Verkehrsmittel wiederzugeben. Ferner aus Dankbarkeit für die große Sympathie, die den Streikenden entgegengebracht worden war. Endlich sollte mit der Aufnahme der Arbeit eine Anerkennung für die Neutralität der Behörden während der Zeit des Streiks zum Ausdruck kommen.

Der Kampf der hahener Straßenbahner hatte mehr als örtliche Bedeutung. Bisher weigerten sich die privaten Bahnen des besetzten Gebietes im Westen mit aller Entschiedenheit gegen die Anerkennung der Reichsmanteltarifverträge I und II der deutschen Straßenbahnen, und zwar war dieser Widerstand nicht prinzipieller Natur, sondern nur dem Bestreben entsprungen, die weitergehenden sozialen Einrichtungen der Reichsmantelverträge nicht zur Einführung zu bringen. In diesem Vorhaben hatte die hahener Kleinbahn die Führung. Wenn es durch die getroffene Vereinbarung auch nicht gelungen ist, die Bestimmungen der Reichsmantelverträge im vollen Umfange sofort zur Einführung zu bringen, so ist doch der prinzipielle Widerstand hiergegen gebrochen. Der allmählichen Glasierung bei allen Bahnen des besetzten Gebietes dürfte daher nimmehr der Weg geebnet sein.

Schwierige Verhandlungen mit der hannoverschen Straßenbahn.

Für den Gläubigen war es schon längst klar, daß der verzögerungsgewohnte Ausbruch des Streiks bei der hannoverschen Straßenbahn im vergangenen Jahre die Stellung der Direktion gegen

über den Forderungen der Angestellten wesentlich gestärkt hat. Unser Urteil über den allen gewerkschaftlichen Regeln widersprechenden Beginn des Streiks und die unehliche Streikleitung ist uns damals sehr krumm genommen worden. Heute, nach einem Jahre, wird man uns zugeben müssen, wir haben recht gehabt. Der beste Beweis hierfür sind die total unhalbbaren gewordenen Löhnerhältnisse, wie sie sich im letzten Jahre herausgebildet hatten. Die Not stieg den Kollegen bis zum Halse. Bei den Verheirateten mit mehreren unverforgten Kindern ward der Hunger tagtäglich Gast. Mit einem Einkommen von 1100 bis 1300 M pro Monat in der Großstadt Hannover ist selbst unter den größten Entbehrungen nicht auszukommen.

Am 23. September sollten nun endlich die Löhnerverhandlungen beginnen. Da die Bahnen dem Arbeitsgeberverbande der Straßenbahnen nicht angehört, müssen alle Fragen örtlich geregelt werden. Neben den Vertretern der Direktion und den beiden Organisationen, unserer Verbände und Transportarbeiterverbände, schloß als Verhandlungsleiter der Vertreter des industriellen Arbeitgeberverbandes. Hiergegen können wir nichts einwenden, denn mit dem nämlichen Rechte, wie wir die Koalitionsfreiheit verlangen, müssen wir sie auch dem Arbeitgeber zugestehen. Wogegen sich aber die Gewerkschaftsvertreter mit Entschiedenheit wandten, war, daß auch einige Vertreter des gelben Bundes als gleichberechtigte Faktoren an den Verhandlungen und am Vertrage teilnehmen wollten. Wenn auch das Wiederanstehen der Gelben als eine Folge des Ueberradikalismus und dem Zeichen der Kommunisten erklärlich erscheint, so aber als Vorsitzender der Angestellten bei Verhandlungen anzuerkennen, verstoßt gegen jede gewerkschaftliche Regel und bedeutet eine erhebliche Schädigung der Interessen der gesamten Kollegenschaft. Diese Leute, die in Wirklichkeit niemals die Forderung der Gleichberechtigung der Arbeiter bei Festlegung der Löhne und Dienstverhältnisse erhoben, den Unternehmern stets behilflich gewesen sind, die Gewerkschaften aller Richtungen zu untergraben, können natürlich nicht verlangen, daß ihnen die Verbände nimmehr die Rücken stehen sollen, auf denen sie, unter den veränderten Ver-

hältnissen, in den Verhandlungen auf humpeln wollen. An dieser Weigerung scheiterten die Verhandlungen zunächst. Am 26. September fand eine gemeinsame Versammlung der beiden Verbände statt, die, trotzdem daß keine Wagen gestellt waren, überfüllt war. Obwohl durch die Weigerung der Gewerkschaften, mit den Gelben zu verhandeln, die Löhnerverhandlungen in die Länge gezogen waren, erklärte sich die Belegschaft durch einstimmige Annahme einer Entschließung hiermit einverstanden. In derselben heißt es unter anderem:

„Des weiteren erklärt sich die Versammlung mit dem Vorgehen der Gewerkschaftsvertretung, die jegliche gemeinliche Verhandlung mit den Gelben abgelehnt hat, voll und ganz einverstanden. Die Belegschaft, soweit sie in den freien Gewerkschaften wie auch in dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands organisiert ist, steht einmütig hinter ihren Führern und deren weiteren Maßnahmen. Sie verurteilt es auf das allerhöchste und weist die Zumutung der Direktion, mit den Gelben gemeinschaftliche Verhandlungen zu pflegen, mit Entrüstung zurück. Die Versammlung erklärt nachdrücklich, daß es zwischen uns und den Gelben keine Gemeinschaft gibt.“

Diese einmütige Stellungnahme des Personals gab der Direktion doch zu denken. Am folgenden Tage fanden weitere Verhandlungen ohne die Gelben statt, die zu folgenden Ergebnissen führten.

- Die Löhne wurden wie folgt erhöht.
- 1. Handwerker, Polier und Maschinisten im Lebensalter von 16-18 Jahren 4,- M; 18-20 Jahren 4,50 M; 20-24 Jahren 5,50 M; über 24 Jahre 6,50 M.
- 2. Angelernte Arbeiter im Lebensalter von 16-18 Jahren 3,50 M; 18-20 Jahren 4,10 M; 20-24 Jahren 5,05 M; über 24 Jahre 6,15 M.
- 3. Ungelernte Arbeiter im Lebensalter von 16-18 Jahren 2,50 M; 18-20 Jahren 3,00 M; 20-24 Jahren 3,50 M; über 24 Jahre 4,50 M.
- 4. Weibliches leitendes Personal im Lebensalter von 16-18 Jahren 2,50 M; 18-20 Jahren 3,10 M; 20-24 Jahren 3,50 M; über 24 Jahren 4,50 M.

auf welchem die deutsche Kultur beruht und diese ist christlich und wird es immer bleiben. Der VVB steht zwar auf dem Boden bürgerlicher Toleranz, wird aber immer in den Vordergrund stellen, daß die wirklich christliche Kulturgrundlage der Unterbau für das Theater sein muß. Aus dieser Voraussetzung heraus leitete der Referent die Forderungen ab nach Mitarbeit der geistlichen und volkspädagogischen Kreise und die Forderungen des christlichen Volksteils an die Gestaltung des noch immer nicht erschienenen Reichstheatergesetzes und der übrigen gleichberechtigten Maßnahmen. Generalsekretär Gerst konnte u. a. auch die erfreuliche Mitteilung machen, daß in Bayern alle künstlerischen Veranstaltungen des Bühnenvolksbundes steuerfrei sind und beabsichtigte Hoffnung besteht, daß auch die übrigen Länder sich bald anschließen werden. Gegenüber der Tendenz der Theatergemeinschaft der Freien Volkshühne stellte Generalsekretär Gerst in den Vordergrund, daß die Theatergemeinde des VVB geistliche Gemeinschaft sei, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen, vom Klassenkampf getriebenen Gemeinschaften der Freien Volkshühne. Der Vortrag erntete reichen Beifall. Im Anschluß daran sprach der Dramaturg des Bühnenvolksbundes Dr. Werner E. Thormann-Frankfurt

über „Die geistliche Einheit des Kulturtheaters“. In der Nachmittagsveranstaltung sprach Dr. Karl Blestinger von der Akademie der Tonkünstler in München über „Das Problem der musikalischen Kultur der Gegenwart“. Seine Darlegungen gaben einen ganz gedruckten und klar bisponierten Ueberblick über die große Entwicklungslinie des musikalischen Schaffens seit der Romantik, um dann in vorbildlicher Klarheit neue Forderungen für die neue Kunst der Gegenwart aufzustellen. Die Schaffenden müssen wieder den Weg zur Form zurückfinden, müssen sich von der materialistischen Zeiteinstellung freimachen und bei der musikalischen Bildung des Volkes bemüht auf die Vertiefung der technischen Kenntnisse hinarbeiten, da der bewußte Kunstgenuss unbetritten gegenüber dem unbewußten, gefühlsmäßigen die höhere Form darstellt. Nach Erwidigung einer Reihe von Fragen wurde zum Orte der nächstjährigen Tagung Hannover bestimmt. Der Bundesvorsitzende, Geh. Hof Dr. Proff, wurde einstimmig wieder zum Bundesvorsitzenden des Bühnenvolksbundes gewählt. Der Abend brachte eine Aufführung im Residenztheater, in der Johann von Saz „Der Adersmann aus Böhmen“, in der Bearbeitung von Rudolf Frank und Franz Johannes Weirichs

„Der Länger unserer lieben Frau“ mit der Musik von Bruno Stürmer, in sorgfältiger Inszenierung dargeboten wurde. Die Veranstaltungen des Sonntags gipfelten in einer Morgenfeier des Schauspielhauses als Gedächtnisfeier für den verstorbenen Carl Hauptmann in der Dr. Friedrich Castelle-Freslau den Dolmetsch des Dichters machte und wurden am Abend durch eine feierliche Aufführung des „Toll“ beschlossen. Die diesjährige Hauptversammlung des Bühnenvolksbundes zeichnete sich aus durch ein geistliches Niveau, durch Gedankenreichtum und den Willen zur unverrückbaren Innehaltung der Prinzipienlinie. Sie war eine merkwürdige Kundgebung zum weiteren Ausbau der VVB-Organisationen, die den Kampf um deutsche Bildung und Gestaltung, um die christlich-deutsche Grundlagen unserer Theaterkultur mit der aus der Erkenntnis der großen Ziele herauswachsenden Bewusstseinsbildung auch in der Zukunft führen werden. Eine Aufgabe, die der Mitarbeit aller sicher sein sollte.

Das Fahrpersonal

erhält folgende Tagelöhne:

1. Schaffner, Bremser, Nachwächter, Weichen- und Streckenwärter, Einstellungslohn 43.— M. nach einem halben Jahre 45.— M. nach einem Jahre 47.— M.

2. Führer und Güterführer. Einstellungslohn 14.— M. nach einem halben Jahre 16.— M. nach einem Jahre 18.— M. Die Güterführer erhalten außerdem die monatlichen Zulagen wie bisher.

Das weibliche Personal erhält 85 Prozent des Lohnes der in gleicher Stelle stehenden Männer. Es wurde eine neue Lohnstaffelung eingelegt, für das über 10 Jahre im Dienst der Straßenbahn stehende Personal, und war ein Mehrkundenlohn von 0,10 Pf.

Für die Konakbeamten ist ein entsprechender prozentualer Zuschlag vereinbart. Außerdem bleiben die Wohnfahrteinrichtungen wie bisher bestehen. Vorstehende Lohnsätze treten am 21. September in Kraft. Für die Witwen und Waisen und Pensionäre werden in der im Oktober stattfindenden Aufsichtsratsitzung die Rentenzüge verdoppelt. Auch wurde von der Direktion die Zusicherung gegeben, daß allmählich versucht werden solle, in den Werkwohnungen Straßenbahner einzumieten.

Die Dienstkleidung wird frei geliefert. Eine Anrechnung auf die Löhne findet nicht mehr statt. Es wurde weiter die Zusicherung erlangt, sobald in der örtlichen Industrie Lohnerhöhungen stattfinden, sollen neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften geschlossen werden.

Der Erfolg ist, obgleich nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden, doch um so bemerkenswerter, als der gewerkschaftliche Gedanke trotz aller Hemmnisse doch endlich gestiftet hat.

Für unsere Kollegen gilt es nunmehr, sich nach allen Seiten hin durchzusetzen, damit auch bei der Hannoverischen Straßenbahn das Tarifvertragswesen in seinem vollen Umfange eingeführt werden kann.

Hausstandsgeld geht auch den Witwern und Witwen zu.

Die letzten Gruppenabkommen mit den Straßenbahnen sehen die Zahlung eines Hausstandsgeldes im Betrage von 2,50 M bis 3,00 M pro Tag vor. In einem Falle war dieses Geld einem Kollegen entzogen worden, weil er inzwischen Witwer geworden war. Auf Antrag hat nunmehr der Hauptauschuss für Straßenbahnen entschieden, daß das Hausstandsgeld auch an Witwer und Witwen zu zahlen ist, sofern der Betreffende einen eigenen Hausstand führt. Zur Begründung wird angeführt:

„Hausstandsgeld wird, wie schon sein Name sagt, gezahlt als Beitrag zu den Mehrkosten, die durch die Haltung des eigenen Hausstandes erwachsen. Diese Kosten bleiben die gleichen, wenn der Arbeitnehmer nach dem Tode der Ehefrau bzw. des Ehepartners die Ehemöschung für den eigenen Bedarf weiter behält. Es liegt daher ein innerer Grund für die Entziehung des Hausstandsgeldes nicht vor. Dazu kommt, daß auch im Bereiche der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung die für verheiratete Beamte vorgesehenen besonderen Bezüge an Witwern weitergezahlt werden. Wenn die Vertragsparteien eine von dieser allgemeiner Natur abweichende Regelung hätten treffen wollen, so hätten sie dies im Vertrage zum Ausdruck bringen müssen. Da dies nicht geschehen ist, war, wie gesehen, zu erkennen.“

Lohnabkommen für die Provinzialanstalten der Rheinprovinz

Die steigende Teuerung zwang die Angestellten der Anstalten ebenfalls dazu, trotz Bestehen des Tarifvertrages ihre Organisation zu beauftragen der Verwaltung neue Forderungen einzureichen. Ueber die Höhe der Forderungen war man sich in den Kreisen der Beteiligten selbst nicht einig. Was als besonders auffallend bezeichnet werden muß, ist, das diejenigen Kreise, die dieses Mal im Forderern nicht zu Uebertrumpfen waren und uns wegen der angeblich niedrigen Forderungen mit Schreiben bombardierten, sich bei den Verhandlungen toischwiegen.

Weiter wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Provinzialverwaltung mit einem „neuen Mann“ ausfuhr. Herr Landesrat Jillen ist sein Name. Allem Anschein nach hat Herr J. noch nicht viele Verhandlungen mit Gewerkschaftsführern gepflogen. Sonst hätte er sich nicht erdreistet, bei dieser Verhandlung den Führern vorzuschreiben, wie sie ihre Forderung begründen sollten. Wir nehmen an, daß auch Herr J. wie sein Amtsvorgänger, noch manches lernt. Es war sogar festzustellen, daß man schon bei dieser Verhandlung gegen Ende sich mehr den Wünschen der Arbeitnehmerschaft anpaßte. Sollenhaft hält diese Besserung an.

Nachstehend das vereinbarte Lohnabkommen als Ergänzung zum Tarifvertrag, der in Nr. 14 unseres Verbandsorgans veröffentlicht worden ist.

1. Die nach dem Lohnsatz vom 3. Juni 1921 entlohnten Angestellten erhalten mit Wirkung vom 1. August 1921 ab eine laufende Teuerungszulage, welche monatlich beträgt:

1. a) für männliche Angestellte, die nicht in der Anstalt wohnen und verpflegt werden 200.— M.; b) für dieselben unter 20 Jahren 180.— Mark.

2. a) für männliche Angestellte, die in der Anstalt wohnen und verpflegt werden 150.— M.; b) für dieselben unter 20 Jahren 130.— M.

3. a) für weibliche Angestellte mit Ausnahme der nach Gruppe VIII entlohnten weiblichen Angestellten, die in der Anstalt wohnen und verpflegt werden 120.— M.; b) für dieselben unter 20 Jahren 100.— M.

4. a) für weibliche Angestellte mit Ausnahme der nach Gruppe VIII entlohnten weiblichen Angestellten, die nicht in der Anstalt wohnen und verpflegt werden 180.— M.; b) für dieselben unter 20 Jahren 160.— M.

5. Für die nach Lohngruppe VIII entlohnten weiblichen Angestellten (Hauspersonal) 65.— M.

II. Auf die nach Abschnitt IV des Manteltarifs zuständige Kinderbeihilfe wird ein Teuerungszuschlag von 50.— M. monatlich ab 1. August 1921 gewährt.

Die bewilligten Sätze regeln sich im Rahmen dessen, was der Staat und die Städte zeitlich ihren Arbeitern an Lohnerhöhung zugestanden haben. Zieht man die Bezüge gleichartiger städtischer Betriebe in Betracht, dann hätte mehr bewilligt werden müssen. Es wäre möglich gewesen, wenn nicht die Beamtenfrage eine zu große Rolle gespielt hätte. Wie ein roter Faden zog es sich durch die ganze Verhandlung, daß unter keinen Umständen mehr gegeben werden dürste, wie die Beamten bekommen. Nach den Angaben J. hätten die Angestellten nur 103.— M zu erwarten. Es hat den Anschein, als wenn die Beamtenfrage und Besoldung bei zukünftigen Verhandlungen noch eine größere Rolle spielen wird. In den letzten Wochen ist von Seiten der Verwaltung die Aufforderung ergangen, diejenigen, welche Beamte werden

wollten, könnten sich unter den üblichen Bedingungen melden. Die Zahl der Bewerber sei keine geringe sein. Diese Leute würden in Zukunft nicht mehr unter den Tarifvertrag fallen. Ob dieselben sich dabei besser sehen, wollen wir heute nicht untersuchen. Eins jedoch sei gesagt, unsere Organisation hat es nicht unterlassen, dem gesamten Personal die Licht- und Schattenseite des Beamtenverhältnisses auseinanderzulegen. Wenn trotzdem die Idee jener Leute siegt, die mehr Wert auf Titel als auf Mittel legen, tragen wir daran keine Schuld. Das letzte Wort über diesen Wirrwarr ist ja noch nicht gesprochen.

Lohnabkommen

für die städtischen Arbeiter in Boppard.

Die steigende Teuerung veranlaßte die Verhandlung, trotz bestehenden Tarifvertrages neue Forderungen einzureichen. Die Stadtverwaltung ist dieser Forderung, wenn auch nicht restlos, so doch weitgehendst nachgegeben. Die Löhne werden mit Wirkung ab 15. August um 1.— M für Ledige und 1,50 M für Verheiratete pro Stunde erhöht und betragen nunmehr:

- 1. Die Hof-, Wege- und Steindruckarbeiter
 - a) ledige Arbeiter . . . 6.— M Stundenlohn
 - b) verheiratete Arbeiter 6,50 M
- 2. Feuerarbeiter und Arbeiter des Wasserwerks
 - a) ledige Arbeiter . . . 6,50 M St Stundenlohn
 - b) verheiratete Arbeiter 7,00 M

Im übrigen gelten die Bestimmungen des Tarifvertrages des Arbeitgeberverbandes der Stadt der besetzten Rheinprovinz.

Sehr ausgegangen sind diesmal die Wahlen. Die Schuld liegt nicht an den Organisationsleitern, sondern größtenteils an den Wählern. Wenn die Leute sich auf den städtischen Bezirken angeblich für 4.— M Stundenlohn abgeben und man ferner in Betracht zieht, daß der Herr Oberbürger mit Vorliebe diese willigen und billigen Arbeitskräfte beschäftigt, ist es verständlich, daß bei der Stadtverwaltung wenig Genugthuung besteht, höhere Löhne zu zahlen und die angeblich nicht so leistungsfähigen Bopparder Arbeiter einzustellen. Es ist Aufgabe der Bopparder Arbeiterkassen und auch der Bopparder Stadtverordneten, dafür zu sorgen, daß die städtischen Wünsche und Pläne des Herrn Oberbürger nicht verwirklicht werden. Vor allen Dingen haben die Stadtverordneten die Pflicht und darüber zu wachen, daß arbeitslose Bopparder Bürger ein Vorrrecht auf Beschäftigung haben, und selbstverständlich daneben auch ein Recht auf vollständige Bezahlung.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die wachsende Teuerung.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ist die Reichsintenziffer der Lebenshaltungskosten, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegen, im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,9 v. H. auf 1062 gestiegen. Gegenüber dem Stand im Januar d. J. (1944) beträgt die Steigerung 12,5 v. H. gegenüber September 1920 36,3 v. H. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist in der Hauptsache auf Preissteigerungen für Lebensmittel zurückzuführen. Die Indizes für die Ernährungskosten allein ist von 1919 im August um 1,4 v. H. auf 1418 gestiegen. Gegenüber Januar d. J. beträgt die Steigerung der Ernährungsausgaben 12,1 v. H. Im Vormonat haben zu dieser Erhöhung teilweise

erhebliche Preissteigerungen für Nahrungsmittel, Futtermittel, Schweinefleisch, Speck, Eier, Milch und Fische beigetragen, außerdem kommt in der Septemberzahl die im August eingetretene Preissteigerung zum ersten Male voll zum Ausdruck. Demgegenüber haben sich in fast allen Erhebungsgemeinden Kartoffeln und Gemüse nicht unbedeutend ermäßigt. — Auch die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung sind im Durchschnitt des Reichs erneut gestiegen. — Die Entwicklung war im Reichsgesamten innerhalb des Reichs nicht völlig ausgeglichen. In einer Reihe von Gemeinden war die Preisermäßigung für Kartoffeln und Gemüse so bedeutend, daß trotz der Erhöhung der Preise für fürstige Lebensmittel eine Verminderung der Gesamtkosten eintrat.

Die erwähnte Senkung der Kartoffelpreise im September, die durch den Übergang von Früh- zu Spätkartoffeln bedingt ist, wirkte aber im Oktober wieder eingeholt sein. Tatsächlich kosteten heute im Westen Deutschlands die Spätkartoffeln durchweg genau so viel wie im Juli August die Frühkartoffeln. Bei Begründungen für Lohnforderungen sind daher im Augenblick die Teuerungszahlen von September nur von bedingtem Werte.

Die vom Statistischen Reichsamte seit einigen Monaten errechnete Indexziffer für den Großhandelspreis von 88 landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Kolonialwaren und industriellen Rohstoffen zeigt im September, im Vergleich zu Juli eine Steigerung von 1127 auf 2067, gleich 45%.

Die Preislage im Jahre 1913 ist dabei gleich 100 gesetzt. Nachstehend geben wir eine Übersicht über die Gestaltung der deutschen Großhandelsindexziffer seit Januar dieses Jahres.

Gruppe	Jan.	März	Mai	Juli	Sept.
Brotgetreide und Kartoffeln	1043	1006	1015	1096	2016
Fleisch, Fette, Fisch	1985	1585	1409	1153	1343
Kolonialw.	1257	1149	1150	1447	2317
Häute, Leder	1842	1614	1472	1723	3727
Textilien	2258	1922	1773	1991	3370
Metalle	1735	1605	1513	1531	2036
Kohlen, Eisen	1587	1623	1671	1740	1830
Lebensmittel	1277	1152	1117	1245	2020
Rohstoffe	1734	1677	1659	1763	2135
Inlandswaren	1363	1282	1268	1369	1952
Einfuhrwaren	1803	1598	1507	1708	2513
Gesamtindex	1436	1334	1306	1425	2067

Die Steigerung in den einzelnen Gruppen ist ganz gewaltig. Man muß dabei beachten, daß es sich hier um die Preise im Großhandel handelt. Bis zum letzten Verkäufer wachsen sich diese Steigerungen erfahrungsgemäß noch weit größer aus. Schon heute ist die Preisgestaltung im Kleinhandel scharf nach oben gerichtet, trotzdem die Veränderungen im Preisniveau des Großhandels beim Abgang im Kleinen noch gar nicht überall wirksam werden konnten.

Alle Voraussicht nach werden wir daher in den nächsten Wochen mit einer weiteren erheblichen Verteuerung der Lebenshaltung zu rechnen haben.

Die evangelisch-soziale Schule z. B. die im Zusammenhang mit ihrem Ausbau ihren Sitz von Juel bei Norderstedt nach Gröden — so bekannt — verlegt hat, veranstaltet in den Tagen vom 21. Okt. bis zum 12. November einen volkswirtschaftlich-sozialen Ausbildungskurs. Der Kurs dient dem großen Zweck, die Teilnehmer zu befähigen, an der Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, der geschichtlichen Entwicklung und der gegenwärtigen Lage der

christlich-nationalen Arbeiterbewegung sowie durch reichhaltige kritische Vertiefung Berufsarbeiter heranzubilden für die christlich-nationale Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen.

Als Vortragsthemen werden v. a. vorgenommen: Arbeiterbewegung; Freie Gewerkschaften, Hirsch-Dunckerische und gelbe Organisationen. Die Gegenwart der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Die evangelische Arbeitervereinsbewegung. Die evangelische Arbeiterinnenvereinsbewegung. Organisationslehre der Arbeiterbewegung. Die gewerkschaftliche Werbearbeit. Die Gewinnung der Jugendlichen. Aufgaben und Voraussetzungen im Berufe des Arbeiterführers.

Wirtschaftliche Wissenschaften: Theoretische Wirtschaftslehre in drei Vorträgen. Die volkswirtschaftlichen Systeme. Das System des Marxismus. Gegenwartslage der Volks- und Volkswirtschaft. Neues Völkerecht. Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage. Die Organisation der industriellen Arbeiter. Die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Frau im Wirtschaftsleben und ihre Organisierung.

Religiös-sittliche Lebensfragen: Kirchenfrage und Arbeiterinteresse. Die konfessionelle Jugendbewegung. Der christlich-soziale Gedanke in der Vergangenheit. Christlicher Sozialismus. Politik: Die innerpolitische Lage. Die weltpolitische Lage. Die kommunalpolitische und ihre Bedeutung für die Arbeitervertreter. Die Geschichte der Sozialdemokratie.

Arbeitsrecht: Uebersicht über das gesamte Arbeitsrecht. Der Betriebsratsgedanke in seiner wirtschaftspolitischen Bedeutung. Das Betriebsratsgesetz in Geltung und Praxis. Schlichtungsricht und Schlichtungswesen. Wesen, Bedeutung und Praxis der Tarifverträge. Geschichte der deutschen Sozialpolitik. Der gegenwärtige Stand der politischen Gesetzgebung.

Es darf wohl angenommen werden, daß in weiten Kreisen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten das Bedürfnis vorhanden ist, gerade über diese Fragen unterrichtet zu werden, dazu bietet die Teilnahme an dem volkswirtschaftlich-sozialen Kurs die beste Gelegenheit. Anmelden werden Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus innerer Ueberzeugung und mit Erfolg tätig sind.

Arbeiterbewegung.

Erhöhung der Beiträge im Transportarbeiterverband.

Der erweiterte Verbandsvorstand hat beschlossen, in Anbetracht der gesteigerten Ausgaben, folgende Reformen im Beitragswesen vorzunehmen:

1. Für das 3. und 4. Quartal 1921 werden seitens der Ortsverwaltungen anstatt der bisherigen 75 Proz. der Verbandsbeiträge 85 Proz. an die Hauptkasse abgeführt.

2. Um darüber hinaus eine weitere Stärkung der Hauptkasse zu ermöglichen, wird ab 1. Januar 1922 der Verbandsbeitrag wie folgt erhöht:

In der 1. Klasse von 8.— M auf 4.— M
in der 2. Klasse von 2,40 M auf 3.— M
in der 3. Klasse von 1,80 M auf 2.— M
in der 4. Klasse von 0,60 M auf 0,80 M
mit der Maßgabe, daß Mitglieder mit einem Wochenlohn bzw. Verdienst von

mehr als 250 M Beiträge 1. Klasse, mit mehr als 170—250 M Beiträge 2. Klasse, mit mehr als 90—170 M Beiträge 3. Klasse, und mit weniger als 90 M Beiträge 4. Klasse zu zahlen haben.

3. Ab 1. Januar erhält die Hauptkasse 80 Prozent der Beiträge, 20 Prozent verbleiben den Ortskassen.

Zu diesen Sägen kommen auch die in manchen Ortsgruppen recht erheblichen Vorkauschläge von 50 S bis 2 M. Ab 1. Januar 1922 werden daher die Streckenbahnen der Mitglieder des Transportarbeiterverbandes (Verkehrsband) für einen Wochenbeitrag von 1 M, ohne Vorkauschschlag zu zahlen haben, da der Wochenbeitrag regelmäßig 100 S betragen soll.

Dieser Beschluß sollte unseren Mitgliedsvereinen Veranlassung geben auch ihrerseits auf die Zahlung eines angemessenen Verbandsbeitrages zu achten. Wenn auch unser Verband durchweg durch milde Bütche und unüberlegte Ausstände finanziell wenig zu leiden hat, so macht sich die allgemeine Teuerung aber in vollem Umfange auch bei uns bemerkbar.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (freie Gewerkschaft) konnte am 1. Oktober auf ein 23jähriges Bestehen zurückblicken. Seine achtunggebietende Stellung, die er heute einnimmt, hat er sich gegen viele Widerstände erkämpfen müssen. Nicht nur die Arbeitgeber, die Gemeinden, wo der freikönig-liberale Partikularismus sich jedem Entgegenkommen widerlegte, sondern auch die übrigen freien Gewerkschaften, haben ihn, diese wegen der Grenzfreistellungen, mit etwas weichen Augen an. Die inneren Schwierigkeiten, hervorgerufen durch ungleiche Personalverhältnisse an der Hauptgeschäftsstelle, haben ebenfalls Jahre hindurch die Arbeit wesentlich erschwert.

Eine rechte Festesfreude kann auch heute, wo all diese Schwierigkeiten so leblich behoben, die Mitgliederentwicklung ein ganz ansehnliche ist, nicht auskommen. Die enge Verbindung mit der politischen Sozialdemokratie zeitigt auch hier ihre Folgen. Der Kampf der verschiedenen Richtungen, die M. S. D., die U. S. A., die Moskau, die Amsterdam, hat das geistige Bindglied der Ideen unter den Mitgliedern zerrissen. Kein äußerlich noch eine geschlossene Einheit, streben doch die tragenden geistigen Kräfte auseinander. Im Interesse der gesamten Gemeindearbeiter, auch unserer Mitglieder, möchten wir ihm zu seinem Jubelstunde wünschen, die Reihe baldigh zu überwinden.

Das Verhältnis zu unserem Verbands ist gegenwärtig ein leblich-friedliches. Bei aller Verschiedenheit der grundsätzlichen Auffassungen, der Weltanschauungsfragen, wo es keine Konzeptionen gibt, wird, abgesehen von örtlichen Streitigkeiten, versucht, um die Befriedung der gesamten Gemeindearbeiter zu wahren, miteinander auszukommen.

Aus den Ortsgruppen.

Bohe am Main. Die Sanitätswartin bringt in ihrer letzten Nummer einen Bericht aus Bohe, der im Interesse der Wahrheit richtig gestellt werden muß. Verschiedentlich hatten sich die Verwaltungen der Ämtern des Gemeindearbeiterverbandes, an den Bezirksratsvorsitzenden der Ämter Bohe, der amtlich Vorkommender unserer Ortsgruppe ist, um Auskunft gewandt. Alle diese Anfragen wurden in korrekter, förmlicher Weise sachgemäß beantwortet. Wenn nunmehr der Einleider des Berichtes schreibt: „Bei Anfragen sich stets an die Ämterleitung und nicht an den Vorkommenden des Betriebsrates zu wenden. Nur diese garantiert für sachgemäße Auskunft“, so ist der erste Satz verständig, der zweite aber eine gemeine Verleumdung. Der Verfasser des Berichtes glaubt wohl selbst nicht an die Wahrheit des hier Gesagten, hat es aber dennoch nieder geschrieben, weil ein jeder, dem es an Beweisen und sachlichen Gründen für seine Behauptungen fehlt, sich in der Regel aus Schimpfen verleiht. Wenn in dem Bericht weiter behauptet wird, daß es das Bestreben unseres Verbandes sei, den roten Verband in den Hintergrund zu stellen, so wollen wir ihm die Wahrheit dieser Behauptung bestätigen. Es ist tatsächlich das Bestreben unserer Ortsgruppe und der Mitglieder unseres Verbandes im Betriebsrat, durch wirklich sachgemäße Arbeit, durch ernstes Bestreben die Probleme der gesamten Personals gelöst und sachgemäß vertreten. Die Kollegen und Kolleginnen anderer Verhältnisse durch das Bestreben der

Erreichung ihrer gewerkschaftlichen Ziele, den roten Verband, noch in einen Gesamtsatz, als den sich der Verfasser des Berichtes selbst zeichnet, nicht notwendig haben. Die Entwicklung unserer Organisation zeigt, daß wir hier auf dem richtigen Wege sind.

Köln. Am 7. 10. 21 fanden in den Betrieben der Stadt Köln die Betriebsratswahlen statt. Die Wahlbeteiligung war etwa 70 Proz. gegen 88 Proz. im Vorjahre. Durch Aufhebung der friegswirtschaftlichen Betriebe und Abgang von Arbeitern in den übrigen Betrieben wurde die Kandidatenzahl bedeutend vermindert. Desgleichen durch die Zusammenlegung der drei bisherigen Betriebsräte bei der Stadt, Straßenbahn und einem Betriebsrat. Durch die Zusammenlegung bei der Straßenbahn, welche auf Antrag des Betriebsrats beim Bezirksamt Köln entschieden wurde, erhielten die Arbeitnehmer dieses Betriebes 14 Vertreter im Betriebsrat weniger als im Vorjahre. Höfentlich werden die städt. Arbeiter das arbeitstreue und offene Herz des sozialdemokratischen Arbeiterkennens und früheren Gewerkschaftssekretärs Haas kennen gelernt haben. Wären es doch die sehr immer noch seine Vertreter, die ihm Beifall klängen, wenn er ihnen eine derbe Abfuhr bei den Lohnbewegungen zuteil werden ließe. Dieses zeigte sich bei der letzten Lohnbewegung recht deutlich, als er in einer gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung die Annahme eines Minderangebots der Verwaltung den Arbeitern schmackhaft machen wollte. Die Arbeiter bei den städt. Bahnen können sich bei ihm bedanken für die Einschüchterung der Arbeitervorteiler im V. A. Es wurden gewählt:

Liste der kritischen Gewerkschaften:

in den Arbeiterrat	in den Betriebsrat
1921	1921
45 Werte	46 Werte
	37 Werte

Die kritischen Gewerkschaften:
in den Arbeiterrat
in den Betriebsrat

1921	1920
108 Werte	187 Werte
	91 Werte
	140 Werte

Das Verhältnis ist in diesem Jahre 1921 gegenüber dem Vorjahre 1920 oder 20 in 70 Proz. gegen 25 in 15 Proz. im Vorjahre. Die kritischen Gewerkschaften verlieren in den Arbeiterräten 2 3/4 Sitze gegenüber dem Vorjahre. Die kritischen Gewerkschaften verlieren in den Betriebsräten 5 1/2 Sitze gegenüber dem Vorjahre, die losen Gewerkschaften verlieren in den Betriebsräten 19 3/4 Sitze gegenüber dem Vorjahre. Das Ergebnis in den Einzelbetrieben ergibt, daß die kritischen Gewerkschaften in 3 Betrieben je einen Sitz verlieren, während sie in 2 anderen Betrieben einen gewinnen. Am Straßenbahnbetriebe, wo die Gesamtheit durch die Zusammenlegung um 14 vermindert wurde, führen die kritischen Gewerkschaften 1 Mandat die losen Gewerkschaften 13 Mandate ein.

Unter den Verbänden war vereinbart worden, keine Mandatblätter oder dergl. auszugeben, um die Einheitsfront in den kommenden Wirtschaftskämpfen nicht zu gefährden. Es hat sich gezeigt, daß die Arbeiter nicht ohne jede Beeinträchtigung und gefährliche Situation ihre Stimme abgeben kann, wenn sie ihr Vertrauen nicht verlieren kann. Im Hinblick auf die Verdrängung der Gesamtzahl der Betr. V. A. kann man dieses Ergebnis wohl als einen vollen Sieg der kritischen Gewerkschaften vorzeichnen.

Die wertvolle Schluppe der Gewerkschaft soll nun durch allerlei Vertikationsmänner aneinander verkauft werden, um den Arbeitern in letzter Zeit ein Haus zu geben. In der Nr. 248 vom 22. 10. bringt die Rhein. Zeitung einen Artikel nach von der Leitung des sozialdemokratischen Arbeiterverbandes hinsichtlich der Artikel zur neuen Forderung der städt. Arbeiter mit dem Inhalt: „Auf die Kritik über den Arbeiterpolitik.“ Es wird dann für den Vorherrschaft der Hauptung ausgesprochen, wir hatten 2 Lagen vor der Arbeiterschaft aus der Aktion 2000. - bis 2000. - an 200. - wöchentlich und 1) 1) u. 8. - pro Stunde

digen, fanden doch am 7. 10. die Betriebsratswahlen statt. Inzwischen war unsere Verbandsleitung beauftragt, den übrigen Verbandsleitungen den Vorschlag zu machen, am 29. 9. mit dem Anwesenheit zusammenzukommen und die Frage der Kündigung lautete die Forderung einer Wirtschaftshilfe in einzelnen Kreise zu erklären. Dieses geschah und alle waren sich einig, daß die Wirtschaftslage noch nicht so schlimm sei, daß man über die Kündigung nachdenken könne. Als Anwesenden, außer dem Leiter des sozialdemokratischen Arbeiterverbandes, welcher fehlte, waren die Forderung einer Wirtschaftshilfe nicht von der Hand. Man einigte sich dahin, in Vertrauensmänner-Besammlungen der einzelnen Verbände, die am 30. 9. stattfinden sollten, auch die Frage einer Wirtschaftshilfe den Mitgliedern vorzulegen. In dieser Besammlung hatten unsere Mitglieder beschließen, eine Wirtschaftshilfe zu fordern. Aber die Höhe derselben wurde nicht beschlossen, sondern lediglich nur Vorschläge gemacht.

Am 4. 10. kamen dann die Verbandsleitungen mit dem Anwesenheit wieder zusammen, um über das Ergebnis zu verhandeln. Der Leiter des sozialdemokratischen Arbeiterverbandes knüpfte in dieser Sitzung und schiedet einen Vertreter, welcher aber keinen Namen Schlimmer von dem Stande der Bewegung hatte. Einmütig war es, daß dieser Vertreter erklärte, es habe über seine noch keine Besammlungen über die Wirtschaftshilfe stattgefunden. Es scheint uns, als wenn die Wahlfrage nicht geklärt hätte.

In dieser Sitzung erklärte der Leiter des sozialdemokratischen Arbeiterverbandes und seine Anhänger, ihre Wirtschaftshilfe nicht abgelehnt und ebenfalls beschlossen, noch nicht zu kündigen. Man wolle die Konferenz am 13. 10. in Bonn abwarten. Der Vertreter des Verkehrsarbeiterverbandes war in dieser Sitzung nicht gegen eine Wirtschaftshilfe. Unsere Vertreter wiesen darauf hin, daß unsere Mitglieder die Forderung einer Wirtschaftshilfe beschlossen hätten und sich in Anbetracht der großen Preissteigerung unbehagen sei. Vor allem die Erhaltung von Arbeitsstellen und Kampf für den Winter erfordere sofortige, hohe Summen, welche von den Löhnen und nach einer eventuellen Lohnerhöhung nicht flüssig gemacht werden könnten. Nachdem nun auf der Konferenz in Bonn beschlossen wurde, die Kohlenpreise für die Städte des Reiches im nächsten Winter unter Vorhand am 1. 10. erneut zusammen zu beschließen, an der Forderung einer Wirtschaftshilfe schlußfassend. Weiter wurde beschlossen, ein Wahlkomitee zu bilden, um die Forderung zu formulieren und einzuwirken. Man aber nach jeder Seite hin eine Verbindung mit den übrigen betragsmindernden Verbänden zu erreichen, wurde in einer Besammlung am 18. 10. einstimmig beschlossen, falls eine Lohnerhöhung gefordert wäre, 3. - 4. pro Stunde in Vorschlag zu bringen. Auch wurde unsere Mitglieder nicht davor im vollen Vertrauen gelassen, daß nur eine gefordert werden könne. Der Artikelreiter vertritt, die Verantwortlichkeit gegen die städt. Arbeiter auszuweisen, indem er behauptet, wir hätten 2000. - bis 2000. - Wirtschaftshilfe und 3. - 4. Stundenlöhnerhöhung gefordert.

Die städt. Arbeiter aber mögen sich daraus nicht ein Bild machen, wie in der Gesamtanzahl in ihrem Schreiben geäußert wird. Auch wäre es interessant zu wissen, wann diese Herren zu der Entscheidung der Korporation Stellung nehmen wollen? Niemand hat von sich selbst die nötigen Funktionen von gewisser Stelle erhalten. Den städt. Arbeitern wird es aber immer mehr bewußt, wo ihre Interessen vertreten werden und wo „antiar.“ gearbeitet wird.

Regensburg. Unsere Ortsgruppe hat durch das Ableben unseres früheren Mitgliedes (L. 2) einen Kollegen verloren, einen solchen Kollegen wie ihn dürfte eine Ortsgruppe nicht verlieren können, vor der er so leistungsfähig und auch eine große, wieder in den Tagen der Verbände zu helfen. Von war der Verlust ein großer und es wird einen Mann, der so viele Jahre der Ortsgruppe angehört hat, nicht leicht zu ersetzen.

Regensburg. Unsere Ortsgruppe hat durch das Ableben unseres früheren Mitgliedes (L. 2) einen Kollegen verloren, einen solchen Kollegen wie ihn dürfte eine Ortsgruppe nicht verlieren können, vor der er so leistungsfähig und auch eine große, wieder in den Tagen der Verbände zu helfen. Von war der Verlust ein großer und es wird einen Mann, der so viele Jahre der Ortsgruppe angehört hat, nicht leicht zu ersetzen.

land am Dienstag, 21. Sept. 1921, die ein Beweis der Dankbarkeit und Verehrung für den Verstorbenen und eine Ehrung für die Hinterbliebenen war. Unser Vorsteher, Kollege Pöhlert, widmete namens unserer Ortsgruppe demselben einen warmen Nachruf und leitete ihn als einen Überzeugungsstreifen, spterwilligen Gewerkschaftler, dem unsere Ortsgruppe am offenen Grabe zu Dank verpflichtet sei. Außer unserer Ortsgruppe widmete das Lokalrat der christlichen Gewerkschaften Regensburg, die Kollegen des städt. Gaswerkes und die Betriebsleitung Nachruf mit Kranzspenden. In der Tat, an unseren Kollegen Kellner ist ein Kollege verloren gegangen, der stets ein Vorbild seiner Mitglieder hinsichtlich Idealismus, Opferwilligkeit und Arbeitsbereitschaft für seinen Verband war. 18 Jahre war er Vorsitzender der Ortsgruppe Regensburg, während des Krieges hat er die geringen Einkünfte desselben zusammengehalten als Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer in einer Person. Nach der Resolution arbeitete er mit allen Mitteln und Kräfte daran, unsere Ortsgruppe zu leben, was ihm auch gelang. Er hat viele Stunden seines Lebens dem Verbandsgeopfert und diejenigen Arbeiten gemacht, die bei der Arbeitbewegung nicht mit Geld bezahlt werden können. Unsere Kollegen in Regensburg werden unseren ehemaligen Vorsitzenden stets in guten Andenken behalten in der Hoffnung, daß ihm der Lohn im Himmel werde, wofür er so arbeitet, aber auf dieser Welt nicht gelohnt wurde.

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 30. Okt. bis 5. Nov. in der 14. Wochensitzung städt. Bäckerbrotbeitragsabzahlung über dem Verbandsmitglied erst keine Rechte und Ansprüche an den Verband.

Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen:

- Bonn 1. Quartal 1921: Saarbrücken
- Bonn 2. Quartal 1921: Baden-Baden (K. Str. 23.)
- Bonn 3. Quartal 1921: Cidcl b. Bonn, Dillingen, Augsburg, Germerheim, M. a. d. Donau, Sobornheim, Schwabach, Sanau, Mülheim, Ruhr (Str.), Kulbus, Hagen, Weismeil, Weismberg, Landeshut, Fann (Bonn.), Reichenburg, Weismberg, Hagen (Bonn.), Giffeln, Baden, Siegburg, Elwangen, Dienbach a. Main, Weismberg, Rindlar, Landeshut, Neuzett, Id. Schier, Weism, Barmen, Forchheim, Emmendingen, Weismberg, Hamburg und Weiden.

Der Zentralverband.

Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

Vast Jol., Siegburg	2. 9. 21
Wellinghausen Joh., Bonn	15. 9. 21
Wielbold Gottlieb, Freiburg	21. 9. 21
Nikolai Peter, Coblenz	3. 10. 21
Hunter Christoph, Köln	7. 10. 21

die Kollegin:
Alois Genevieve, Berlin 16. 9. 21

Ehre ihrem Andenken:

Neubrenn und Berlin:

H. G. ...